

SPD demokratischer pressediens

P/XXVI 210

3. November 1971

Escalation des Mißbehagens

Ein Wort zur Koppelung Entwicklungshilfe-Außenpolitik

Von Dr. Erhard Eppler MdB
Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Seite 1 / 43 Zeilen

Rainer Barzels Alleingang

Zum "Europa-Union"-Interview des CDU-Vorsitzenden

Von Dr. Katharina Focke MdB
Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundeskanzler

Seite 2 / 26 Zeilen

Tendenzschutz im Betriebsverfassungsgesetz

Aktuelle Probleme harran der baldigen Lösung

Von Joschim Raffert MdB
Vorsitzender der Arbeitsgruppe "Presserecht" der SPD-Bundestagsfraktion

Seite 3 und 4 / 79 Zeilen

Ärger im Hartmannbund

Nachwort zu einer bemerkenswerten Ärzte-Tagung

Seite 5 und 6 / 63 Zeilen

Escalation des Mißbehagens

Ein Wort zur Koppelung Entwicklungshilfe-Außenpolitik

Von Dr. Erhard Eppler MdB

Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Zuerst zum Tatbestand: Das amerikanische Auslandshilfegesetz, das von der Regierung mit einem Gesamtbetrag in Höhe von 3,5 Milliarden Dollar dem Senat eingebracht wurde, umfaßt die Militärhilfe, Waffenkreditverkäufe, humanitäre Hilfe und einen Teil der Entwicklungshilfe in Höhe von 977 Millionen Dollar (320 Millionen Dollar Kapitalhilfe, 208 Millionen Dollar Technische Hilfe, 309 Millionen Dollar Beiträge zur Allianz für den Fortschritt und 139 Millionen Dollar freiwillige Beiträge zu UN-Organisationen). Es enthält nicht weitere zwei Milliarden Dollar amerikanischer Beiträge zu multilateralen Organisationen, - einschließlich des Beitrags zur dritten IDA-Aufstockung -, die vom Senat verabschiedet wurden und jetzt dem Repräsentantenhaus vorliegen.

Weder innerhalb der Regierung in Washington noch im Kongress besteht Klarheit darüber, wie die gegenwärtige Krise beendet werden soll. Die Initiative zu einer neuen Vorlage müßte aus dem Repräsentantenhaus kommen, das die vom Senat zu Fall gebrachte Vorlage schon verabschiedet hatte. Dem Repräsentantenhaus steht Priorität bei der Behandlung von Kreditvorlagen der Regierung zu. Die Washingtoner Regierung versucht jetzt ein neues Programm aufzustellen, um einen Teil der bisherigen Vorlage zu retten. Im Augenblick herrscht die Neigung vor, das laufende Programm in der bisherigen Höhe durch eine "Continuing Resolution" über den 15. November 1971 hinaus für drei Monate weiterzuführen, um in der gewonnenen Zeit ein neues Auslandshilfeprogramm vorlegen zu können. Dieses Programm dürfte von den Vorschlägen ausgehen, die von der Peterson-Kommission im letzten Jahr ausgearbeitet, vom Weißen Haus befürwortet, dann aber doch wieder nicht ausgeführt wurden: Trennung der Militärhilfe von der Entwicklungshilfe, stärkere Multilateralisierung der amerikanischen Leistungen.

Die Entscheidung des US-Senats bestätigt die Befürchtungen derer, die es für gefährlich halten, Militärhilfe, humanitäre Hilfe und Entwicklungshilfe in ein Budget mit Namen "Auslandshilfe" zu packen. So mußte jetzt mancher, der gegen weitere Vietnamhilfe war, auch eine Milliarde Dollar Entwicklungshilfe ablehnen.

Schließlich beweist die Abstimmung im Senat, wie gefährlich es ist, Entwicklungshilfe mit rein außenpolitischen Argumenten zu begründen. Sobald eine außenpolitische Enttarnung eintritt, ist die Hilfe in Gefahr. Es beginnt jene Escalation des Mißbehagens, wo außenpolitischer Ärger die Hilfe reduziert, die Kürzung der Hilfe den außenpolitischen Ärger verstärkt. Es ist nicht unsere Aufgabe, über andere zu Gericht zu sitzen. Aber es ist unser Recht, von den Fehlern anderer zu lernen.

(-/ex/3.11.1971/ks)

Rainer Barzels Alleingang

Zum "Europa-Union"-Interview des CDU-Vorsitzenden

Von Dr. Katharina Focke MdB

Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundeskanzler

Nach Rainer Barzels Interview in der November-Ausgabe der "Europa-Union", dessen Gedanken er auch "im persönlichen Gespräch den Verantwortlichen in Moskau nahebringen" will, bin ich gespannt darauf, welches Echo sein "seriöses Wort", das man "in Moskau vorzieht", haben wird.

Mir klingt allerdings sein Wort vom inneren Frieden vor 14 Tagen im Bundestag seit seiner neuesten Rundum-Attacke gegen die Ost- wie Westpolitik der Bundesregierung nicht mehr sehr seriös. Dafür knallt er - vielleicht in Erinnerung an seine revolutionäre Jugend, die das Interview beschwört - zu wild in alle Ecken.

Mehr Feind, mehr Ehr! - das scheint endgültig die Devise des CDU-Vorsitzenden zu sein. Er haut den Bundeskanzler und trifft alle Bündnis- und Gemeinschaftspartner, mit denen wir gemeinsame Politik machen. Wer selbst Bundeskanzler werden will, muß Tatsachen zur Kenntnis nehmen, Kommuniqués lesen und zuhören können, wenn befreundete Regierungschefs sich äußern.

Vielleicht fährt Herr Barzel statt nach Moskau - wie will er auch dort entspannen, solange die politische Union nach seinem Szenario nicht eingeleitet ist? - erst noch einmal in die Hauptstädte des Westens, um dort zu testen, wie ernst man sein Wort von den deutschen Alleingängen und dem Defizit an politischer Solidarität auf dem Konto der Bundesrepublik nimmt.

Er wird feststellen: Die Bundesrepublik unter dem Bundeskanzler Willy Brandt ist fest verankert und geachtet in Bündnis und Gemeinschaft. Nur Rainer Barzel steht abseits und begreift die Welt nicht mehr. Wenn das kein Alleingang ist!

(-/ex/3.11.1971/bgy)

Tendenzschutz im Betriebsverfassungsgesetz

Aktuelle Probleme harron der baldigen Lösung

Von Joachim Raffert MdB

Vorsitzender der Arbeitsgruppe

"Presserecht" der SPD-Bundestagsfraktion

Die neue Formulierung des Tendenzschutzparagraphen (§ 119), die der federführende Ausschuß in seiner abschließenden Beratung des Betriebsverfassungsgesetzes gefunden hat, kann nur teilweise befriedigen. Sie stößt vor allem auf den Widerstand der Industriegewerkschaft Druck und Papier und auf die oftmals scharf artikulierten Proteste von Betriebsräten aus Druckereien mit Zeitungs- und Zeitschriftenverlagen.

Diese Widerstände und Proteste sind verständlich. Es ist in der Tat schwer einzusehen, daß der Betriebsrat eines Unternehmens, in dem mehr oder weniger zufällig auch Zeitungen oder Zeitschriften verlegt werden, nicht die gleichen wirtschaftlichen und personellen Mitwirkungsrechte haben sollen, wie die Betriebsräte fast aller anderen Betriebe - auch solcher in Druckereien, deren Besitzer keine Zeitung oder Zeitschrift herausgeben und die daher nach dem neuen Recht nicht mehr unter den Tendenzschutz fallen werden. Der Trost, künftig immerhin bei der sozialen Sicherung mitreden zu können, hilft nur wenig.

Mit der Aufrechterhaltung des Tendenzschutzparagraphen ist nicht nur den Bedenken von Verlegern Rechnung getragen worden, sondern auch den Stellungnahmen des Deutschen Journalistenverbandes. Diese Standesorganisation teilt mit den Verlegern die Sorge, daß ohne den Tendenzschutz die Betriebsräte darüber mitbestimmen wollten und könnten, was in den Zeitungen veröffentlicht wird und wer in den Redaktionen arbeitet. Einfluß auf den Inhalt der Publikationsorgane haben die Betriebsräte und die Gewerkschaft bisher weder gefordert, noch würden sie ihn beim Wegfall des Tendenzschutzes erhalten. In der Praxis zeigen das die Erfahrungen solcher Verlage, die schon seit längerer Zeit so handeln, als gebe es den umstrittenen Paragraphen nicht mehr. In diesen Betrieben über Betriebsleitungen und Betriebsräte ihre Rechte voll aus und fahren gut damit. Sollte auch bei den abschließenden Lesungen des Betriebsverfassungsgesetzes im Plenum des Bundestages keine weitere Verbesserung des Paragraphen 119 erreicht werden können, so geben ihre Beispiele Hinweise auf ein praktikables Ausweichverfahren. Dies wäre nicht ideal, aber auf keinen Fall gegen das Gesetz. Auf die Dauer ließe sich dann wenigstens erhoffen, daß der Tendenzschutz, der nicht nur die Redakteure, sondern auch die mit publizistischen Aufgaben überhaupt nicht befaßten Arbeitnehmer in den Verlagen an der Ausübung wichtiger

hindert, schließlich ausgehöhlt und eines Tages doch aufgehoben werden kann.

Aber auch diese Hoffnung ist schwach und auf einen zu langen Zeitraum angelegt, als daß sie jetzt beruhigend wirken könnte. Zwei Schritte sind unmittelbar möglich und notwendig: Die Tarifpartner müssen sobald wie möglich den Kompetenzabgrenzungsvertrag abschließen, der die Zuständigkeiten von Verlegern und Redakteuren regeln soll, und die Bundesregierung muß ihren Entwurf für das angekündigte Presserechtsrahmengesetz vorlegen.

Dieses Gesetz wird - neben der Offenlegungspflicht für die Besitzer und einer verbesserten Regelung des Gegendarstellungsrechtes - allerdings voraussichtlich fast nur Bestimmungen über die "innere Pressefreiheit" enthalten, sich also ebenfalls auf die Beziehungen zwischen Verlegern und Redakteuren beziehen. Für die Verlagsmitarbeiter in Technik, Verwaltung und Vertrieb kann weder das Kompetenzabgrenzungsabkommen noch das Rahmengesetz mehr Rechte bringen. Sie werden dadurch vielmehr nicht nur gegenüber den Arbeitnehmern in Nichttendenzbetrieben benachteiligt bleiben, sondern - was als noch unerträglicher empfunden wird - auch gegenüber Kollegen in den eigenen Betrieben: nämlich den Redakteuren. Deren Mitbestimmungs- und vor allem Selbstbestimmungsprobleme lassen sich durch Vertrag und Gesetz weitgehend lösen. Die wünschenswerte Solidarität zwischen allen Arbeitnehmern in den Verlagsunternehmen aber wird gestört sein und bleiben. Hier liegt übrigens einer der Gründe für die Ineffizienz mancher Redaktionsstatute.

Die Forderung nach dem Wegfall des Tendenzschutzparagraphen für die Verlage wird daher von der IG Druck und Papier und der in ihr organisierten Journalistenunion auch nach dem Gewerkschaftstag weiter vertreten werden. Auf viele Verbündete kann sie dabei freilich nicht rechnen. Für die übrigen Gewerkschaften stellen sich die Probleme nicht in gleicher Schärfe, und der Journalistenverband schätzt die Bedeutung des Tendenzschutzes und den Wert solidarischen Zusammenwirkens mit den Kollegen außerhalb der Redaktionen anders ein als die IG Druck und Papier und die Deutsche Journalistenunion. So bleibt den Kritikern des Tendenzschutzes für Verlage nur der Versuch, schließlich doch noch die Koalitionsfraktionen von der Ungerechtigkeit der jetzt vorgeschlagenen Bestimmungen zu überzeugen. Dieser Versuch ist die Mühe wert, die er kosten wird. (-/ex/3.11.1971/xs)

Ärger im Hartmannbund

Nachwort zu einer bemerkenswerten Ärzte-Tagung

Wäre nicht schon fast Methode zu verspüren, könnte man die Angriffe des Vorsitzenden des "Verbandes der Ärzte Deutschlands (Hartmannbund)", Dr. Karl Hans Metzner, gegen die Bundesregierung mit Achselzucken hinnehmen. Sein Referat vor der Hartmannbund-Hauptversammlung in Baden-Baden wimmelte zumindest im ersten Teil von Passagen wie "Die Form, in der gegenwärtig in der Bundesrepublik Demokratie praktiziert wird, erregt bei der durch die politische Geschichte der Völker, insbesondere unseres Volkes sensibilisierten Teilnehmern Unbehagen" oder "Wenn aber die wichtigste Form der politischen Arbeit und Mitarbeit, nämlich das Gespräch und die Information, in Frage gestellt werden durch mangelnde Gesprächsbereitschaft, durch ungenügenden Informationsfluß, dann wird die im Grundgesetz garantierte Koalitionsfreiheit ausgehöhlt und in Frage gestellt".

Nun könnte man über diese Angriffe mit der Bemerkung zur Tagesordnung übergehen, es handele sich lediglich um rhetorische Spägelstecherei für die Delegierten. Schließlich steht die Tatsache, daß die Bundesregierung mehr als ihre Vorgängerinnen bemüht ist, alle politisch relevanten Gruppen so früh als möglich am Gesetzgebungsverfahren zu beteiligen, außer jeden Zweifel. Auch der Tenor der oben zitierten Einführungspassagen könnte zusammen mit der Tatsache, daß offenbar infolge einer Freud'schen Fehlleistung der gleiche Vorsitzende auf der gleichen Veranstaltung den Vertreter der CDU/CSU-Fraktion als "Parteifreund" begrüßte, mit ein wenig Belustigung registriert werden, wenn nicht der böse Verdacht bliebe, daß diese Attacken nur der Kaschierung verbandsinterner unbequemer Passagen dienen sollten.

Nachdem nämlich Dr. Metzner über zehn Minuten lang die Bundesregierung angegriffen hatte, erwähnte er ganz am Rande "...sah sich der Geschäftsführende Vorstand angesichts der vielfältigen Bestrebungen zur Rationalisierung der ärztlichen Praxis, der modernen Möglichkeiten der EDV-Anlagen sowie der Rationalisierung

im Bereich der Vorsorgemedizin und Diagnostik verpflichtet, in Verhandlungen mit verschiedenen Organisationen und Institutionen einzutreten, um rechtzeitig sicherzustellen, daß die hier bereits im Gange befindlichen Entwicklungen nicht an der deutschen Ärzteschaft vorbeilaufen". Was sich dahinter verbarg, wurde erst auf bohrendes Drängen einiger Delegierter nicht etwa vom Hartmannbund-Vorstand, sondern vom Vorsitzenden eines anderen Ärzteverbandes enthüllt: Man bereitet einen Kooperationsvertrag mit den "Deutschen Zentren für medizinische Versorgung" vor, Einrichtungen also, die massiv den privatkapitalistischen Renditegedanken ins Gesundheitswesen tragen. Vor diesem Weg hatte erst kürzlich der stellv. DGB-Bundesvorsitzende Gerd Muhr mit dem Hinweis gewarnt, daß Inanspruchnahme der modernsten Diagnostik nicht vom Geldbeutel abhängen dürfe. Dem Profitstreben hatte er eigene Vorschläge der Gewerkschaften zur Errichtung von medizinisch-technischen Zentren entgegengesetzt.

Es sei zur Ehrenrettung des "Hartmannbundes" gesagt, daß die Delegierten den Vorstandsplänen mehr als nur Befremden entgegensetzten. In einer Resolution lehnten sie eindeutig "Diagnosezentren in Form rein gewerblicher Wirtschaftsunternehmen" ab. Bundesarbeitsminister Walter Arendt war es vorbehalten, auf der Schlußkundgebung ein klärendes Wort zu sprechen: "Differenzierungen in der medizinischen Behandlung nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten sind für mich nicht akzeptabel".

"Das Mindeste, was man hier unterstellen muß, ist eine erschreckende Ungeschicklichkeit und Instinktlosigkeit beim Umgang und in der Ausübung der Regierungsgewalt", war einer der Vorwürfe von Dr. Metzner. Dieser Vorwurf muß wie ein Bumerang seinen Urheber treffen. Man sollte aber vielleicht in Zukunft auch andere solcher Reden genau daraufhin überprüfen, wo die "Pferdefüße" für die eigenen Mitglieder verborgen sind.

Peter-Paul Henckel
(-/ex/3.11.1971/ks)